

DER VORSTEHER  
DES  
EIDGENÖSSISCHEN VOLKSWIRTSCHAFTS-  
DEPARTEMENTS

2301.7

Bern, den 19. März 1993

An den BundesratInformations-NotizTropenholz - Importverbot

Ich habe gestern Herrn Bruno Manser mit einer Delegation der Organisationen empfangen, die am 1. März 1993 vor dem Bundeshaus einen unbefristeten Hungerstreik begonnen haben, um auf die alarmierende Situation der Ureinwohner in verschiedenen Tropenwäldern und namentlich in Sarawak/Malaysia aufmerksam zu machen. Das Anliegen wird von mehreren Parlamentariern unterstützt und hat in der Bevölkerung grossen Widerhall gefunden.

Sowohl der Bundesrat als auch die grosse Parlamentsmehrheit haben sich verschiedentlich gegen unilaterale Handelsbeschränkungen für tropische Hölzer ausgesprochen, vor allem weil sich solche Massnahmen (abgesehen von ihrer GATT-rechtlichen Unzulässigkeit) äusserst kontraproduktiv auf die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern zur Unterstützung ihrer Forstpolitik-Reformen auswirken. Gemässigte Umweltorganisationen (WWF) teilen diese Haltung.

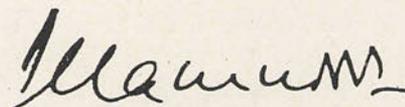
Dies festgestellt, kann der Bund angesichts der Tatsache, dass heute nur ein sehr kleiner Teil des Tropenholzhandels aus ökologisch verantwortbarer Produktion stammt, und eingedenk der krassen Menschenrechtsverletzungen nicht untätig bleiben. Die folgenden Massnahmen sind bereits eingeleitet worden oder vorgesehen:

- Auf internationaler Ebene soll anlässlich der Neuverhandlung des Internationalen Tropenholzabkommens ein klares Zeichen gesetzt werden, dass die Tropenholzproduktion auf eine umweltpolitisch sinnvolle Basis gestellt werden soll. Falls diese Verhandlungen, die noch in diesem Jahr abgeschlossen werden sollen, erfolgreich sind, wird die Schweiz ihre Beiträge an die Tropenholzorganisation (heute drittgrösster Geldgeber) erhöhen.



- Auf europäischer Ebene ist die Einführung eines Labels vorgesehen, mit welchem sämtliche Holzprodukte auf freiwilliger Basis und unter Mitwirkung einer unabhängigen Kontrollinstanz und der Umweltorganisationen als "ökologisch einwandfrei" gekennzeichnet werden können. Auch diese Massnahme soll noch 1993 verwirklicht werden. Der Bund kann sich an den Einführungskosten in der Schweiz beteiligen.
- Der malaysischen Botschaft in Bern soll von Staatssekretär Blankart das Unbehagen des Bundesrates, des Parlaments und der Bevölkerung über die in Sarawak herrschende Situation mitgeteilt werden. Ich sehe ausserdem vor, anlässlich meiner im Sommer 1993 vorgesehenen Reise nach Malaysia dieses Thema an höchster Stelle vorzubringen.
- Vom EDA wird geprüft, ob und in welcher Form die Situation in Sarawak sowie an anderen, tropenwaldpolitisch neuralgischen Orten in der Menschenrechtskommission traktandiert werden soll.
- Die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigt unter dem Stichwort der "guten Regierungsführung" (good governance) zunehmend auch die hier beleuchteten Aspekte. Die ausführenden Ämter (EDA/DEH und EVD/BAWI) werden überprüfen, in welcher Weise auf diese Problematik vermehrt eingegangen werden kann.
- Dem Parlament soll über die getroffenen Massnahmen in geeigneter Form Bericht erstattet werden.

Ich lege persönlich grossen Wert auf die Durchführung dieser Massnahmen und werde mich für jede geeignete Lösung dieses Problems einsetzen.



Jean-Pascal Delamuraz